

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

27. April 1968 - 34/11
Einzelpreis DM 0.75

SOZIALISTISCHER 1. MAI: STÖRAKTIONEN VON RECHTS ERWARTET

Auf einer Pressekonferenz im RC gab ein Sprecher des Sozialistischen Maikomitees bekannt, daß man inoffiziell über eventuelle Störaktionen von "agents provocateurs" informiert wurde, die der "Jungen Union" angehören sollen. Eine solche Gruppe unter Anleitung des CDU-Abgeordneten Wohlrabe war schon bei der Vietnam-Demonstration im Februar aktiv. Diesmal wollen einzelne Junge-Union-Mitglieder sich unter die Demonstranten mischen, um durch Steinwürfe auf Schaufenster oder ähnliche Aktionen der Polizei zum Einschreiten zu zwingen. Die Demonstranten werden versuchen, solche Provokateure festzustellen und sie in besonders krassen Fällen der Polizei zu übergeben. Die Demonstration - es wird mit einer Teilnehmerzahl von 20 000 bis 30 000 Menschen gerechnet - wird sich in 15 Blöcke teilen, in denen spezielle Ordnergruppen für einen friedlichen Ablauf sorgen werden. Die Route: Vom Karl-Marx-Platz, auf dem man sich ab 9.30 Uhr sammelt, geht der Zug um 10 Uhr über die Karl-Marx-Straße, Reuterstraße, Sonnenallee, Urbanstraße, Graefestraße, Kottbusser Damm zum Hohenstaufenplatz in Schöneberg. Dort wird gegen 11 Uhr die Schlußkundgebung stattfinden. Redner sind der Verleger Giacomo Feltrinelli (Mailand); Lawrence Daly, Generalsekretär der schottischen Bergarbeiter-Gewerkschaft; Günter Tollusch, Betriebsratsvorsitzender der Ford-Werke Köln; Erwin Bürckmann, Betriebsrat Daimler Benz Mannheim; Klaus Meschkat (RC), Heinz Beinert (Falken), Bernd Rabehl (SDS) sowie ein Vertreter der Westberliner Schüler, der noch in einer Vollversammlung gewählt werden soll. Das Sozialistische Maikomitee warnte nach den Erfahrungen der "Dutschke-Raus-Kundgebung" am Rathaus Schöneberg Jugendliche mit Bärten, Brillen, Cordhosen und roten Schlipsen an der "Gegenkundgebung" am Reichstag teilzunehmen. Am Dienstag, 30. April, 18 Uhr, wird in der Neuen Welt, Hasenheide, ein Sozialistisches Forum unter dem Motto "Klassenkampf statt Volksgemeinschaft" veranstaltet. Im Auditorium maximum der FU findet am Montag, 29. April, 20 Uhr, ein teach-in zur Frage "Was haben Studenten mit dem 1. Mai zu tun?" statt.

RC-BROSCHÜRE: WESTBERLIN IM KERN GESUND ?

Einer stark besuchten Pressekonferenz im Republikanischen Club wurde am Freitag-nachmittag eine vom Berlin-Arbeitskreis des RC erarbeitete 42-Seiten-Broschüre mit dem Titel "Berlin - Wirtschaft und Politik - im Kern gesund?" vorgelegt. Die beim RC (Telefon 883 40 75/76) erhältliche Broschüre befaßt sich mit Lage und Entwicklung der Westberliner Wirtschaft, Maßnahmen und Konzeptionen des Senats sowie den kapitalistischen und sozialistischen Perspektiven Westberlins. Die Broschüre enthält zahlreiche Dokumente, die der Öffentlichkeit vom Senat bisher nicht vorgelegt worden sind, um den tatsächlichen Stand der wirtschaftlichen Situation Westberlins zu verschleiern.

BADEN-WÜRTTEMBERG: DIE LETZTE MEINUNGSUMFRAGE

Auch die letzte Meinungsumfrage zur am kommenden Sonntag stattfindenden Landtagswahl in Baden-Württemberg wird geheimgehalten. Sie besagt: Die CDU wird die absolute Mehrheit, zumindest an Sitzen, erhalten. Die SPD wird mindestens 6 Prozent verlieren; die FDP soll etwa 15 Prozent erhalten, die NPD etwa 8 Prozent und die Demokratische Linke 4 Prozent.

CDU-WAHLSCHLAGER: KOMMUNALE WERKE FÜR VOLKSAKTIVEN

Die CDU/CSU bastelt bereits am "Wahlschlager" für 1969. Der vom DGB erhobenen Forderung nach Erweiterung der Mitbestimmung soll die Ausgabe weiterer "Volksaktiven" gegenübergestellt werden. Da bundeseigenes Vermögen bereits restlos verschleudert wurde, will man jetzt die Elektrizitätswerke der Bundesländer und der Gemeinden privatisieren. Entsprechende Vorlagen werden im Mittelstandskreis der CDU entwickelt.

SPD-LANDESAUSSCHUSS: ABSTIMMUNGSNIEDERLAGE FÜR SCHÜTZ

Obwohl Schütz und Neubauer am Montag mehrfach beschwörend in die Diskussion des Landesausschusses der SPD eingriffen, erlitten sie eine Abstimmungsniederlage: Ihr Antrag, sofort über die neue Führungsspitze der Westberliner SPD mit Schütz-Neubauer-Jaroschewitz zu beschließen, wurde mit 9:9 Stimmen abgelehnt. Einige Ausschußmitglieder machten geltend, am Wochenende fänden noch Kreisdelegiertenkonferenzen statt, die man abwarten müsse. Schütz und Neubauer hatten offenbar vor, durch einen Landesausschußbeschuß, den man veröffentlichen wollte, diese Konferenzen zu manipulieren. Es gibt innerhalb der Partei-Rechten eine gewisse Abneigung, den Schütz-Vertrauten Jaroschewitz als Stellvertreter zu akzeptieren. Jaroschewitz war in den Tiergartener "Kinderne"-Skandal verwickelt (ein Polizist prügelte als "Pflegevater" ein ihm anvertrautes Kind zu Tode); Jaroschewitz war Aufsichtsbeamter. Schütz kennt Jaroschewitz aus der Jungsozialisten-Zeit und beabsichtigt, ihn als eine Art "Generalsekretär" im Parteihaus an der Müllerstraße zu plazieren, um die Partei "in die Hand zu bekommen". Die Kreisverbände sehen darin einen Griff nach ihrer relativen Selbständigkeit.

PARTEITAGS-AUSLESE: SPD WÜNSCHT KEINE ZWISCHENRUFEN

Ohne Diskussion und Abstimmung akzeptiert wurde in der letzten Landesausschußsitzung der SPD der Vorschlag des ehemaligen Landessekretärs und jetzigen Steglitzer Stadtrats Theo Thiele, die Gäste-Liste für den Ende Mai angesetzten Landesparteitag der Westberliner SPD zu "sieben". Unter Hinweis auf den letzten Parteitag, bei dem es zu Zwischenrufen von der Gästetribüne kam, forderte Thiele, man solle Gastkarten nur an solche Mitglieder ausgeben, "die keine unwürdigen Szenen machen". Die Marschrichtung für den Parteitag ist damit klar: Er soll nicht nur einen ausschließlich rechten Vorstand wählen, er soll auch vor einer ausschließlich rechten Kulisse ablaufen.

GEHEIMNISVOLLE NACHTSITZUNG: WELCHE SPD TAGTE MIT WEM ?

Unruhe bei den "Nichteingeweihten" und betretenes Stillschweigen bei den "Wissenden" löste in der letzten Landesausschußsitzung eine Bemerkung aus, eine "Untersuchungskommission habe in einer Nachtsitzung versucht, die Leute zu identifizieren". "Die Leute": SPD-Mitglieder, die bei der Vietnam-Demonstration mitmarschierten. Ein Zuruf "welche Kommission" wurde nicht beantwortet. Informationen besagen nun, daß beamtete Sozialdemokraten aus dem Parteihaus an der Müllerstraße mit Angehörigen des Landesamtes für Verfassungsschutz nächstens Bildmaterial von der Veranstaltung sichteteten und dabei "23 Tatverdächtige identifizierten". Von diesen 23 Sozialdemokraten war in der Landesausschußsitzung dann auch die Rede. Kreuzbergs Kreisvorsitzender Franz Meyer beschwerte sich über einen Brief, den die Bezirksstadträte Baltruschat und Pietschker vom Landessekretär Hesse erhielten: Sie sollten sich äußern, warum sie an der Demonstration teilgenommen hätten. Meyer verwahrte sich gegen solche Spitzelmethoden; die beiden seien "als Spaziergänger" bei der Demonstration dabeigewesen und offenbar denunziert worden. Meyer: "Wenn das so weitergeht, kann man ja nicht mal mehr ins KaDeWe zum Einkaufen gehen ohne denunziert zu werden, wenn auf dem Tauentzien gerade ein paar Studenten demonstrieren."

SCHÜTZ-ABSAGE: WIEDER EIN NEUER VORWAND

Unter dem Vorwand, daß er nur mit Studenten diskutieren wollte, sagte Schütz zum drittenmal ein Gespräch mit der Außerparlamentarischen Opposition, das auch als solches von der Evangelischen Studentengemeinde dem Regierenden Bürgermeister angeboten worden war, ab. Die Taktik, zwischen Studenten-APO und einem "harten Kern" der "Meschkat & Co." (so das "Spandauer Volksblatt") einen Keil zu treiben, wurde von allen für dieses Gespräch genannten Studentenvertretern (Kadritzke, Rabehl, Beise, Wedekamp und Landsberg) einstimmig abgelehnt. In der Darstellung einiger Zeitungen wird angedeutet, daß Meschkat und Lefèvre erst nachträglich dem Senat als Mitdiskutanten angekündigt worden seien. Richtig ist hingegen, daß Pfarrer Hasselmann von der ESG am Mittwochvormittag, als zum erstenmal die Gesprächspartner dem Büro des Regierenden Bürgermeisters genannt wurden, sofort die vollständige Liste mitteilte. Der persönliche Schütz-Referent Struwe machte zwar Bedenken geltend, "daß die APO nun auch institutionell auf dem Podium vertreten sein muß, da die Grundstimmung doch sowieso gegen den Regierenden Bürgermeister ist", sagte das Gespräch aber nicht ab. Ein Vermittlungsversuch Pfarrer Hasselmanns, daß Schütz sich noch vor dem 1. Mai der APO "als Institution" der Diskussion stelle, falls Meschkat und Lefèvre nicht am Gespräch im ESG-Heim teilnehmen würden, schlug ebenfalls fehl: Die APO wäre dazu bereit gewesen, wenn die Öffentlichkeit des Gesprächs vor Journalisten gewährleistet gewesen wäre. Als Termin für diese Diskussion mit vier APO-Vertretern wurde der Sonnabendnachmittag vorgeschlagen. Das Schütz-Büro ignorierte diesen Vorschlag und erklärte, daß Meschkat und Lefèvre keinesfalls am geplanten Donnerstag-Gespräch teilnehmen dürften. Meschkat könne ja einen Brief an den Regierenden Bürgermeister schreiben und eine andere Diskussion verlangen. Erst daraufhin weigerten sich alle studentischen Sprecher sowie die Studentenvertretungen der Westberliner Hochschulen, unter diesen Bedingungen mit Schütz zu diskutieren.

LANDESJUGENDRING: KEIN AUFRUF FÜR SENATSKUNDGEBUNG

Der Westberliner Landesjugendring hat erstmals nicht zur Maikundgebung des Senats aufgerufen. Nur zwei der zehn angeschlossenen Jugendverbände erklärten sich zu einem Aufruf bereit; zwei teilten mit, sie würden geschlossen an der Sozialistischen Maikundgebung der Opposition teilnehmen, die anderen wollten ihren Mitgliedern freistellen, welche Veranstaltung sie besuchen.

FALKEN-VORSITZENDER GLEITZE: "SICKERTS DUMMDREISTE ART"

Westberlins Falkenvorsitzender Alfred Gleitze will bei seinem Vorstand die Bildung einer Arbeitsgruppe anregen, die sich mit dem Umgang des DGB-Vorsitzenden Sickert mit der Wahrheit befaßt. In einer Erklärung stellte Gleitze fest, Sickert sei nicht zum ersten Mal "dummdreist" aufgetreten, als er am Dienstag auf einer Pressekonferenz behauptete, Transparente würden nicht zensiert. Falsch sei auch die Mitteilung im März gewesen, das offizielle Maikomitee habe die Rednerliste bereits abgeschlossen. Mit dieser Unwahrheit wurde der Versuch der kritischen Generation abgewehrt, einen Redner auf dem Platz der Republik zu stellen. Nach "Schluß der Rednerliste" bemühte man sich nacheinander um Martin Luther King, Robert Kennedy und Willy Brandt.

JUNGSOZIALISTEN: NIEDERLAGE FÜR SCHÜTZ-NEUBAUER-SPD

Zwei schwere Schlappen mußte die rechte Führung der SPD Westberlins in der ablaufenden Woche einstecken. Die Jungsozialisten Weddings und Wilmersdorf wählten ihre rechten Vorstände ab und ersetzten sie durch Linke. Besonders peinlich war die Abstimmung in Wilmersdorf: Dort wurden als Vorsitzende abgewählt Harald Frisch, persönlicher Referent des "Regierenden" Schütz, und Peter Sötke, persönlicher Referent des Jugendseminators Korber.

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

SONNTAG, 28. April, 20 Uhr: Das sozialistische Maikomitee erläutert seine Vorstellungen. Eine in diesen Wochen erarbeitete Broschüre über die Westberliner Wirtschaftssituation wird vorgestellt.

TU: STUDENTENVERTRETUNG TEIL DER APO

Zu unserer Meldung im EXTRA-Dienst 32/II unter "Hinweise der Redaktion" schreibt uns die Studentenvertretung der Technischen Universität: "Die Meldung muß berichtigt werden, da sich in der TU Berlin nicht das "Aktionszentrum der Außerparlamentarischen Opposition" befindet, sondern die Studentenvertretung, die sich als Teil der Außerparlamentarischen Opposition versteht, bis zum 1. Mai die Koordination und Organisation mehrerer Ausschüsse übernommen hat. Diese Ausschüsse beschäftigen sich mit Arbeits- und Problembereichen, die bisher auch schon Teil der Arbeit der Studentenvertretung waren. Die Bildung dieser Ausschüsse wurde durch den großen Arbeitsaufwand in den Tagen nach dem Attentat auf unseren Kommilitonen Rudi Dutschke notwendig.

BASISGRUPPEN DER APO: ARBEIT GEHT VORAN

Zwischen 10 und 15 Basisgruppen haben sich in den letzten Tagen in Westberlin gebildet. In ihnen arbeiten, teilweise noch unvollkommen, Studenten, Arbeiter, Schüler und Angestellte zusammen: Mitglieder des SDS, der SPD, der Gewerkschaften, der SED und Unorganisierte. Die Mehrzahl der Gruppen hat 40 bis 50 Mitarbeiter, einige bis zu 80. Es kann mit rund 500 bis 600 Basisgruppen-Arbeitern gerechnet werden. Aus der Basisgruppe Kreuzberg erreicht uns, als Beispiel, ein Bericht: "Die Basisgruppe trifft sich in einer Etage eines Fabrikgebäudes. Die Räume wurden für die Treffen angemietet. An der Tür ein Schild: Architekturbüro - es könnte symbolisch gemeint sein. Die Gruppe ist bis tief in die Nacht hinein besetzt. Sie trifft sich mehrmals in der Woche. Bei dem letzten Meeting waren etwa 50 Leute da. Ein paar gingen vorzeitig. Ihnen mißfiel das organisatorische und politische Neben- und manchmal Durcheinander. Einer versuchte, der Versammlung ein starres Organisationsprinzip unterzujubeln. Die Gruppe wehrte sich gegen diesen Versuch - aber die Schwierigkeiten der Organisationsfrage waren damit nicht ausgeräumt. Immerhin: Es gibt jetzt vier Untergruppen: Betriebe, Gewerkschaften, Mieten und Sanierung (der Treffpunkt liegt in einem Sanierungsgebiet). Eine weitere Gruppe will sich jetzt mit der Organisation der Basisgruppe beschäftigen. Man will schließlich nach dem 1. Mai weiterarbeiten. In Kreuzberg arbeiten rund 80 Leute mit. Bisher wurden 5000 Flugblätter verteilt. Die meisten wurden selber hergestellt. Nicht alle sind gut. Bis zum 1. Mai werden neue Flugblätter gemacht. Wir hoffen, sie sind besser. Die Flugblätter werden unter Mitarbeit von Betriebsarbeitern konzipiert, um die Probleme zu treffen, aber es gibt immer noch Verständigungsschwierigkeiten."

Aus Neukölln erreicht uns dieser Bericht: "In Neukölln haben wir eine Gewerbewohnung, die vom Sozialistischen Club gemietet wurde, und die jetzt Sitz der Basisgruppe ist. Es kommen regelmäßig 50 Leute zum Treffen. Wir haben ab 14 Uhr auf, damit die Bevölkerung zu uns kommt. Das tut sie auch, in starkem Umfang. Aber mit unserer Agitation und unserer Propaganda ist sie noch nicht zufrieden. Sie muß also besser werden, verständlicher. Im Schaufenster haben wir jetzt Flugblätter ausgehängt. Es bleiben viele Leute stehen, um sie zu lesen."

SENATSUMFRAGE: DUTSCHKE-ATTENTAT BERECHTIGT ODER NICHT ?

In einer repräsentativen Blitzbefragung von etwa 500 Personen, die das Ifas-Institut im Auftrag des Westberliner Senats diese Woche durchführte und deren Auswertung noch andauert, versucht der Senat, ein Meinungsbild der Bevölkerung über sein Verhalten in den Ostertagen zu bekommen. Unter anderem wird gefragt, ob sich Klaus Schütz als Regierender Bürgermeister während der Ostertage bewährt habe, ob seine Ablehnung eines Gesprächs mit der Außerparlamentarischen Opposition richtig gewesen sei oder ob man mit seiner Politik "im großen und ganzen" einverstanden sei oder nicht. Zum erstenmal bei Senatsumfragen wird auch nach der Beurteilung Bürgermeister Neubauers gefragt. Weitere Fragen gelten der Rolle des Springer-Konzerns, der Außerparlamentarischen Opposition und dem Attentat auf Rudi Dutschke:

"Sicherlich wissen Sie, daß mehr als drei Viertel aller Zeitungen in Berlin vom Springer-Konzern gemacht werden. Halten Sie es für richtig, daß ein Konzern so viele Zeitungen und damit Macht hat?"

"Sie werden sich daran erinnern, daß nach der Vietnam-Demonstration am 21. Februar

vor dem Rathaus Schöneberg eine Kundgebung stattfand. Halten Sie diese Kundgebung von damals noch für richtig oder hätte man darauf verzichten sollen?"

"Finden Sie es berechtigt oder nicht, daß die Führer einer revolutionären Gruppe von einem Bürger erschossen werden, wenn diese Gruppe ständig randaliert und die öffentliche Ordnung stört?"

"Welcher dieser Äußerungen würden Sie eher zustimmen: 'Springer hat Mitschuld' oder 'Selbst zu verdanken'?"

"Hätte Ihrer Meinung nach der Senat bestimmte Gruppen der Bevölkerung - wie beispielsweise die Gewerkschaften - gegen die Demonstranten hinzuziehen sollen oder nicht?"

"Wenn Studenten auf der Straße demonstrieren, was sollte man, Ihrer Meinung nach, mit ihnen tun: Ignorieren? Verhaften? Aus Berlin ausweisen? Demonstrieren lassen? Verbieten? Anhören? Verprügeln? Mit ihnen diskutieren? Studium verbieten? Unterstützen, wenn sie recht haben?"

"Wie würden Sie sich einem Studenten gegenüber verhalten, von dem Sie wissen oder erfahren, daß er einer radikalen Studentengruppe wie dem SDS angehört: Anzeigen, der Polizei melden? Persönlich überwachen? Bekannte aufmerksam machen? Meiden, verachten? Überzeugen, mit ihm diskutieren? Gar nichts tun?"

"Haben Sie schon mal von der Außerparlamentarischen Opposition gehört? Was ist das: Republikanischer Club? Studenten? Linke Studenten, SDS? Anderes?"

BUCHHÄNDLER-BÖRSENBLATT: DEM DGB DEN KAMPF ANGESAGT

Als offener Affront gegen die Tätigkeit der Gewerkschaften im Buchhandel wird die Ablehnung einer Anzeige durch das Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel angesehen, mit der die DGB-Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen um Mitglieder werben wollte. Das Börsenblatt ist offizielles Organ des Börsenvereins des deutschen Buchhandels. Die Ablehnung des Inserats wurde damit begründet, daß man nicht in die Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft HBV und einer in Gründung befindlichen, berufsständischen Buchhändlerorganisation eingreifen wolle. Tatsächlich hat das Börsenblatt jedoch den Gründungsaufruf der nicht-gewerkschaftlichen Organisation in ihrem redaktionellen Teil abgedruckt. Auch beim Vorstand des Börsenvereins gibt man seine Sympathie für diese Organisation offen zu erkennen. Bereits im Vorjahr hatte die Messe-Gesellschaft des Börsenvereins einen Informationsstand der Gewerkschaft HBV auf der Frankfurter Buchmesse abgelehnt.

EXTRA-REPORT

SIEBEN KAMEN NICHT ZURÜCK / VON MARTIN BUCHHOLZ

"Deine Chance ist Berlin" - so verspricht es die eifrige Senatswerbung seit Jahr und Tag jungen westdeutschen Arbeitnehmern. Umgekehrt wird der Schuh draus, der die Regierenden drückt: Sie, die Arbeitskräfte aus der Bundesrepublik, sind eine der wenigen Chancen, die Westberlin noch hat. Wie wird diese Chance hier genutzt? Die Antwort: Sie wird nicht genutzt, sondern allenfalls ausgenutzt. Mit den jungen Bundesbürgern wird vielfach ein halb staatlicher, halb privater Reibach gemacht.

Ein Beispiel für viele: Die Einwohner eines Arbeitnehmer-Wohnheims in Reinickendorf, sinnigerweise am Freiheitsweg gelegen. Dieses Heim gehört neben fünf anderen (insgesamt mehr als 2200 Plätze) der "Arbeitnehmer-Wohnheimbaugesellschaft mbH (AR-WOBAU)", die sich in einem Prospekt als "Gründung des Landes Berlin und der Industrie- und Handelskammer zu Berlin" anpreist: "Ihre Zielsetzung ist gemeinnützig". Gemeinnützig bedeutet: "Die Plätze werden über den Arbeitgeber vermietet, der hier die Möglichkeit hat, sich ein bestimmtes Kontingent an Plätzen zu sichern." Anders ausgedrückt: Die Arbeitsverträge sind zugleich Mietverträge. Wenn ein Arbeitnehmer die Firma wechseln will, wird er wohnungslos. Ein Druckmittel, das von den Firmen - insbesondere bei Gehaltsforderungen - immer wieder angewandt wird, ohne daß sich die Gewerkschaften je darüber empört hätten.

In einem offenen Brief an die Senatsbehörden für Arbeit und Soziales sowie für Bau- und Wohnungswesen hat jetzt der Gewerkschaftliche Arbeitskreis im Republikanischen Club die Initiative ergriffen. Am Beispiel des Wohnheims am Freiheitsweg wird nachgewie-

sen, daß die "gemeinnützige" AR-WO-BAU "für Räume mit weniger als 16 Quadratmeter, mit karger Einrichtung, Gemeinschaftseinrichtungen und Dienstleistungen, die nur den Mindestanforderungen genügen, etwa DM 15.65 pro Quadratmeter" berechnet. Der Gewerkschaftliche Arbeitskreis stellt folgende Fragen an den Senat:

1. Sehen Sie auch, wie der Gewerkschaftliche Arbeitskreis, daß durch die gekoppelten Verträge das Recht auf die freie Wahl des Arbeitsplatzes eingeschränkt ist? Bei der Wohnungslage in Westberlin erlauben es die Durchschnittseinkommen nicht, jederzeit einen Wohnungswechsel vorzunehmen.

2. Wie erklären Sie sich die hohen Quadratmeterpreise der Arbeitnehmer-Wohnheimbau GmbH? Werden hier auf Kosten der Bewohner dieser Heime andere Bauprojekte finanziert?

3. Wie kommt es, daß die Arbeitnehmer-Wohnheime bei einer geplanten Lebensdauer von 15 Jahren nach ca. 5 Jahren amortisiert sind? Wem fließen die hohen Gewinne zu?"

Der Gewerkschaftliche Arbeitskreis schreibt weiter: "Angesichts des Gewobag-Skandals fordern wir den Senat auf, die Arbeitnehmer Wohnheim Bau GmbH zu veranlassen, der Öffentlichkeit für jedes Heim gesondert eine Bilanz von Einnahmen und Ausgaben vorzulegen."

Zumindest wird die AR-WO-BAU nicht als Schutzbehauptung vorbringen können, daß die hohen Instandhaltungskosten für die barackenähnlichen Heime entsprechende Mieten erfordern: Die Wände im Heim am Freiheitsweg weisen schon seit Jahren fingerstarke Risse auf, die Deckenbalken sind teilweise durchgefault. Die Beschwerden der Bewohner wanderten in den Papierkorb. Die primitive Schnellbauweise der meisten Heime läßt fast überall schon nach kurzer Zeit ähnliche Schäden auftreten.

"Wir leben hier wie in einem Slum", berichten Heimbewohner. Und die wohnlichen Slumverhältnisse bedingen soziale Slum-Gewohnheiten. Junge Bundesbürger, die neben ihrer Arbeit an Fortbildungs- und Abendkursen teilnehmen, gaben diese Bemühungen schon nach wenigen Wochen wieder auf. In den Zweibettzimmern gibt es keine Möglichkeit, in Ruhe zu lernen, zumal die Wände so hellhörig sind, daß jedes Husten zu einem mittleren Erdbeben führt. Die Lage der Heime ist meist so ghettoartig in abgelegenen Randbezirken mit schlechten Verkehrsverbindungen, "daß uns am Feierabend gar nichts anderes übrig bleibt als zu gammeln". Freundschaften mit Mädchen gehen meist schon nach kurzer Zeit in die Brüche: "Noch nicht einmal tagsüber dürfen wir uns in unser Zimmer setzen. Soll man denn immer nur durch die Stadt laufen und in Kinos gehen?" Sie langweilen sich, fallen sich gegenseitig auf die Nerven, gammeln herum. Das "gesellschaftliche Zentrum" wird die nächste Eckkneipe, wo man auch wieder unter sich bleibt. Die Westberliner Kollegen wollen mit "Fremdarbeitern" und "Bundeswehrflüchtigen", "die uns nur die Wohnungen und den Arbeitsplatz wegnehmen", nichts zu tun haben. Und einige Abenteuerertypen, durch abenteuerliche Senatswerbung angelockt, bestimmen bald das soziale Klima in diesen Heimen. In der internen Statistik der Heimleitung am Freiheitsweg liest sich das für das "Berichtsjahr 1967" so:

"16 x war die Kriminalpolizei wegen der Verhaftung eines Heimbewohners anwesend, Zweidrittel der Straftaten wurde während des Heimaufenthalts in Berlin verübt. Die Skala der Delikte reicht von Mord über Betrug, Überfall, Einbruch, Diebstahl bis zur Zechprellerei".

24mal wurden Diebstähle gemeldet, 20mal wurden die Kühlschrankschrankfächer aufgebrochen, 58mal mußte die Heimleitung wegen betrunkenen Randalierer eingreifen, 12 Schlägereien mußten durch die Heimleitung geschlichtet werden, 9 minderjährige Mädchen wurden nachts aus den Zimmern geholt, viermal wurden die Raumpflegerinnen sexuell belästigt. "Zahlenmäßig nicht zu erfassen sind die Beschädigungen der Außenanlage des Heimes durch Kleinkaliberwaffen."

"Deine Chance ist Berlin": Eine echte Chance, in ein Slum-Milieu zu geraten, ins Asoziale abzurutschen, den Heimplatz eines Tages mit einer Gefängniszelle zu tauschen. Die Schuld liegt eindeutig beim Senat, der mit marktschreierischen Versprechungen junge Leute nach Westberlin lockt, um sie hier systematisch zu sozialen Parias zu machen. Einige westdeutsche Arbeitnehmer zogen daraus die Konsequenz und entschlossen sich, den Slogan "Deine Chance ist Berlin" nicht nur einseitig zu testen. In der Heimstatistik für 1967 wird dazu lakonisch festgestellt: "Sieben Heimbewohner sind von einem Besuch in den Ostsektor nicht zurückgekehrt."

PROF. DR. E. KÄSEMANN: "DEMOKRATIE IST VON OBEN HER BEDROHT"

Nach 20 Jahren hat der weit über die Bundesrepublik hinaus bekannte Neutestamentler Prof. Dr. Ernst Käsemann sein Schweigen gebrochen. Erstmals nach 1948 trat der in der NS-Zeit wegen seiner Zugehörigkeit zur Bekennenden Kirche und wegen seines mutigen antifaschistischen Kampfes ins Gefängnis Geworfene wieder mit einer politischen Erklärung hervor. Sie ist als Antwort auf eine Fernsehrede des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger gedacht, der zu scharfem Vorgehen gegen die Außerparlamentarische Opposition aufgerufen hatte. Prof. Käsemanns Erklärung veröffentlichen wir im Wortlaut:

"Nun weiß ich, daß und warum ich am 28. auf keinen Fall die CDU wähle.

Auch ich bin für wahre Autorität und Ordnung. Auch ich bin für die Gewaltlosigkeit und gegen die Ausschreitungen. Doch halfen die Schlagworte "Autorität und Ordnung" in meiner Generation schon einmal, den Terror zu begründen. Sie haben während des vorigen Jahrhunderts überall in Deutschland die Demokratie verhindert. Der Staat der Untertanen beruhte stets auf ihnen. Wir können sie jetzt nur denen noch abnehmen, welche auch den Geist als die Macht, sich selbst zu wandeln, auf ihrer Seite haben.

Gewaltlosigkeit als Zusammenspiel aller Bürger ist eine gute Sache, Ihre Proklamation wirkt jedoch verlogen, wenn sie den Regierten das Recht aufzumucken nimmt, damit der Status quo mit seiner Unbußfertigkeit der Mächtigen und Interessengruppen erhalten bleibe. Die Leistungen des äußeren Wiederaufbaus sind unvergessen. Der Wunsch, sie zu sichern, erfüllt uns alle. Sie sind jedoch mit dem Mangel an innerem Aufbau und Umbau zu teuer bezahlt worden.

Hat man die militärische Aufrüstung nicht ohne und weithin gegen den Willen des Volkes vorgenommen? Ist der kalte Krieg uns nicht dumm und leichtfertig über alles vertretbare Ausmaß aufgezwungen worden? Hat man mit dem höchsten Amt unserer Republik nicht ein unwürdiges Spiel getrieben und unzählige alte Nazis in Rang und Einfluß belassen? Wuchern nicht menschliche und politische Skandale unabsehbar unter uns? Wurden nicht Milliarden verschleudert, um Stimmen zu fangen und Machtpositionen zu behaupten?

Werden nicht alle Tabus sorgfältig geschützt - um der privaten Narrenfreiheit und der Reklame willen mit Ausnahme der sexuellen! -, sämtliche heißen Eisen ausgeklammert, um dem Bürger Unruhe zu ersparen? Wer hat unter allen Schuldigen den Zusammenbruch unserer Ost-, Verteidigungs-, Finanzpolitik redlich mit auf seinem Konto verbucht? Wann und wo verdunkelt die West-Ost-Spannung nicht mehr den unendlich bedeutungsvolleren Nord-Süd-Konflikt? blieb vom Europa-Gedanken nicht bloß das Geschäft? Was haben wir unseren Freunden zu Vietnam zu sagen gewagt, obwohl dort die ganze westliche Zivilisation unglaublich wurde, was Südkorea zum Menschenraub in unserm Lande.

Wer heute 'jugendlichen Terror' auf der Straße beklagt; sollte darin zunächst die Frucht der eigenen Unterlassungen, Mißgriffe, Dummheiten erkennen. In unserer Demokratie wird die Verantwortung dafür abgeschoben, die Macht jedoch mit allen Mitteln festgehalten, wenn es nicht mehr anders geht, selbst durch eine Große Koalition. Das Spiel geht auf Kosten des Wählers, dem der Wohlstand den Mund stopft.

Die Jugend, unwiderruflich dem 20. Jahrhundert ausgeliefert, sieht ihre Väter den Leitbildern des 19. Jahrhunderts verhaftet und dessen Methoden treu, Ihr Aufstand ist berechtigt. Denn er zeigt auf, was bei uns faul ist. Mehr kann man von ihr, der die Erfahrung noch fehlt, nicht erwarten. Als sie ungestüm wurde und man Angst bekam, ließ man sich zögernd und unter der Bedingung des Wohlverhaltens auf Diskussionen ein, um Schlimmeres zu verhüten. Als sie randalierte, besann man sich auf den Polizeiknüppel. Die nicht schrien, als die halbe Welt verbrannte und Millionen umkamen, haben plötzlich wieder Stimme und singen das alte Lied von Autorität und Ordnung, das die Deutschen schon stets faszinierte. Man bekämpft die Symptome der eigenen Krankheit trefflich bei anderen. Die NPD kriecht aus ihren Schlupfwinkeln, weil man den alten Nazis bei sich selber durch die Finger sah.

Den SDS gäbe es nicht, hätte man mit dem westdeutschen Bürger weniger Schindluder getrieben. Man profitiert sogar dabei. Denn der Antikommunismus zieht nicht mehr. Man hat jetzt neue Bürgerschrecks für kommende Wahlen, so daß man das Volk bei der Stau-

ge, in Genußgier und Selbstzufriedenheit, sich selbst aber in der Macht halten kann. Wo das Gespenst des Terrors aufgewiesen wird, läßt sich Vernunft weiter bevormunden und vergewaltigen, darf der Geist stagnieren, lassen sich Interessen brutal durchsetzen, braucht man sein Versagen nicht zu gestehen und sich nicht zu wandeln. Fachliche Qualitäten und taktische Geschicklichkeit ersetzen den Instinkt für das Notwendige und Heilsame. Autorität und Ordnung dienen der steril gewordenen Macht.

Der Vordergrund wird aufgebauscht, damit Erfahrungen der Vergangenheit vergessen werden können. Wieder einmal wird die Sauberkeit auf der Straße über die Sauberkeit der politischen Zentren gestellt. Die CDU trägt die Hauptschuld daran, daß der Obrigkeitsstaat sich in den letzten zwanzig Jahren neu bildete.

Am stärksten ist unsere Demokratie von oben her gefährdet. Ernsthaftige Selbstkritik wurde bisher nur von den Herren Heinemann und Albertz vernommen. So billig macht man es sich heute in der Bundesrepublik gerade von Seiten der Hauptverantwortlichen. Das christliche Firmenschild wirkt unter solchen Umständen obszön.

Ich gehöre keiner Partei an, bin keiner Gruppe liiert, begehre keine Funktion, beteilige mich nicht an Demonstrationen ohne Risiko und bleibe ein "Fachidiot" unter vielen anderen. Die Rede des Herrn Ministerpräsidenten empfinde ich jedoch nicht nur als Muster der Einsichtslosigkeit, sondern auch als beleidigenden Versuch, mich dumm zu halten und mit alten Parolen und neuen Schreckgespenstern vor seinen Wahlkarren zu spannen. Fortan werde ich mit der rebellierenden Jugend demonstrieren."

EXTRA ÜBER UNS

ZAHLREICHE ANFRAGEN aus der Bundesrepublik beschäftigen sich mit überlangen Laufzeiten für unsere Post. Die liegen nicht an uns. EXTRA-Dienst wird als "Büchersendung" mit DM 0.10 verschickt, ist also eine "gebührenbegünstigte Sendung", so wie Drucksachen und ähnliche Postsachen. Die postalischen Bestimmungen sagen aus, daß "vollgezahlte Sendungen" bevorzugt ausgetragen werden. Wenn die Postboten einen über großen Anfall von Post haben, lassen sie Büchersendungen und Drucksachen liegen. Oft geschieht diese Selektion schon bei den Postsammelstellen. Von Westberlin aus ist das nicht zu regulieren. Es hilft nur eine Beschwerde beim zuständigen Zustellpostamt. - Manche unserer Bezieher lassen sich den Dienst als Brief schicken. Das ist natürlich teurer: Wir ziehen von den DM 5.- das "Büchersendungsporto" (DM 0.90 im Monat) ab und müssen das Briefporto (9 mal 0.50 DM = 4.50) zuschlagen. EXTRA-Dienst kostet dann DM 8.60 im Monat. Anders ist es leider nicht zu machen.

DIE AUSGABEN DES JAHRES 1968 sind fast alle vergriffen. Vorrätig haben wir nur noch die Nummern 2, 3 sowie 21 bis 27. Aus dem Jahre 1967 sind dagegen im Vertrieb noch folgende Ausgaben zu haben: Nummer 17-19, 27-28, 30, 32-33, 35-36, 39, 41-54, 57-60 und 62-64.

HINWEISE DER REDAKTION

DURCH EIN TECHNISCHES VERSEHEN unserer Druckerei erschien in unserer letzten Ausgabe auf Seite 9 ein Leserbrief des Schriftstellers Heinrich Böll an den "Kölner Stadtanzeiger". Der Brief war zwar ganz interessant, aber wir wollten eigentlich einen im "Kölner Stadtanzeiger" abgedruckten Brief des Springerkonzern-Analysators Müller an den Springer-Chefredakteur Boehnisch veröffentlichen. Diesen Brief dokumentieren wir nun in dieser Ausgabe auf Seite 9. Unsere Leser bitten wir um Entschuldigung.

DICHTER DER RUSSISCHEN REVOLUTION werden im Literarischen Abend des "theaters 57" im Reichskabarett zum 1. Mai vorgestellt. Am 29. April, 20.30 Uhr, lesen Mirjam Treitel und Wilfried Norden Texte von Block, Gorki, Majakowski, Mendelstamm, Jewtuschenko und Wosnessenskij.

EXTRA - Dienst Nummer 34/II hat eine verbreitete Auflage von 4 200 Exemplaren

Hans Dieter Müller, 40, ist der Autor des Buches „Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie“, das im Februar im Piper-Verlag erschien. Müller war beim Walter-Verlag Chefredakteur für Politik und Zeitgeschichte,

bevor er als Berater für diese Sachgebiete zu Piper wechselte. Der Ulmer Hochschule für Gestaltung gehört Müller als Dozent an; gleichzeitig leitet er mit den Regisseuren Alexander Kluge und Edgar Reitz das Ulmer Institut

für Filmgestaltung. Dieser offenen Brief richtete Hans Dieter Müller an den „Bild“-Chefredakteur Peter Boenisch, an dessen Redaktionskonferenzen er während seiner dreijährigen Studien für sein Buch teilgenommen hat.

Hans Dieter Müller:

Brief an „Bild“

Lieber Peter Boenisch,

Sie schreiben in diesen Tagen viel von Demokratie. Aber hält das Wort, wie „Bild“ es meint, demokratischer Diskussion stand?

Sie schreiben, die Auflehnung der Studenten gegen die Demokratie von „Bild“ sei „der schwerste Anschlag auf die Meinungsfreiheit seit den Tagen des Dritten Reiches“ gewesen. Was meint das Wort „Meinungsfreiheit“ in diesem Falle? Es meint Ihr Privileg. Ihre Meinung mit Hilfe von vielen Maschinen und viel Geld unwidersprochen zu verbreiten. Niemand kann Ihnen in gleicher Lautstärke entgegen. So hat zum Beispiel keiner Ihrer Leser erfahren, daß es genau diese Verkehrung des Wortes „Meinungsfreiheit“ ist, die die Studenten auf die Straße treibt. In den monatlich 150 Millionen Springer-Blättern, 30 Prozent der gesamten gedruckten Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, ist bis heute nicht mitgeteilt worden, was die Studenten tatsächlich wollten.

Sie schreiben, der Konzern sei für „sachliche Auseinandersetzung“, nur dem Terror werde er sich nicht beugen. Wann, wo und in welcher Form hat diese Auseinandersetzung stattgefunden? Welcher der mächtigen Maschinen ist je hinter seiner Maschine hervorgetreten und hat mit den Studenten diskutiert, wie etwa der tschechische Kommunist Dubcek? Selbst mit mir, einem einzelnen, der seine Kritik (und die Voraussage dessen, was jetzt passiert) in wohl angemessenen Worten zu Papier gebracht hat, wagt keiner zu diskutieren. Auch Sie sind verstummt, obwohl Sie früher vieles im Konzern scharf kritisiert haben: die reaktionäre Ideologie, die Unfähigkeit, sich gegen eine offene Gesellschaft demokratisch zu verhalten, die unverantwortliche Tätigkeit der Ausspaß- und Geheimdienste, die verfehlte Fernsehpolitik gegen Verfassung und pluralistische Interessen.

Auf drei Einladungen zu Diskussionen sind die leitenden Männer des Konzerns dreimal ausgewichen: am 12. Februar 1968 in der Sen-

dung Panorama, am 29. Februar 1968 im Anglo-German-Club in Hamburg, am 19. März 1968 im Hörfunk des Norddeutschen Rundfunks. An einem „Bergedortter Gesprächskreis“ zu 1 gegen der freien industriellen Gesellschaft“ über das Problem der Pressekonzentration nahmen die Vertreter des Konzerns nur unter der Bedingung teil, daß über den Konzern nicht gesprochen wurde. So frei ist die Diskussion in unserer freien industriellen Gesellschaft. Jeder in berufsständischen Organisationen, Ausschüssen, Fraktionen, Regierungskommissionen kennt diese Pression durch verhüllte oder unverhüllte Macht, das „System Springer“, wie ein prominenter Jurist es genannt hat, keiner sagt es offen.

Aber die Kritik ist ausgebreitet, die Argumente warten auf Gegenargumente:

1. Was Axel Springer für „Volk“ und Demokratie hält oder ausübt, ist Masse: einer verkauft, Millionen kaufen.

2. Die Ummünzung des Verkaufsjournalismus in ein politisches Mandat (Axel Springer: „Millionen stimmen täglich am Kiosk für mich ab.“) schafft illegale Macht, die vor niemandem als passiven, auf Unterhaltung erpichteten Lesermassen verantwortet wird. Folgerichtig reden Minister, Parteivorsitzende, Fraktionsführer zwar nicht mit den Studenten, drängen sich aber, mit Ihnen oder Axel Springer zu sprechen.

3. Das Arrangement von Öffentlichkeitsmaschine und Staatsmaschine zerstört die Kontrollfunktion der Presse und die Integrität des Staates. Wäre es nach den Springer-Blättern gegangen, hätte der Minister Strauß den Journalisten Ahlers in Spanien verhaften lassen und das Parlament ungehindert belügen können. Als die „Bild“-Zeitung Minister von Hassel wegen seines Versagens in der Starfighter-Affäre attackierte, griff, wie Sie wissen, der Verleger ein.

4. Es gibt in dem so entstandenen und geduldeten Gebilde und im Ausstrahlungsbereich seiner wirtschaftlichen Macht (abhängige Lohn-drucker, Bundesverband der

Zeitungsverleger, Grossisten-Verband, in der Pardon- und Blinktier-Affäre) keine wirkliche Freiheit der Meinung, etwa gegen die Pläne und die Politik des Verlegers. Sie zum Beispiel sagen offen, auch Herr Springer sagt es privat, daß man die Oder-Neiße-Grenze anerkennen müsse. Kein Redakteur eines Springer-Blattes dürfte jedoch die gleiche Meinung schreiben, weil sie dem Politiker aus eigenen Gnaden, Axel Springer, politisch „nicht opportun“ erscheint.

5. Folgerichtig wird die Maschine, die gesellschaftliche Wahrheiten verbreiten soll, zu einer Maschine, die ständig lügt, weil sie nicht mehr die Meinung der pluralistischen Gesellschaft, sondern nur einiger weniger spiegelt, am Ende nur dieses einzigen, ihres Eigentümers, der sich mystisch mit dem „Ganzen“, mit Staat, „Volk“, Gesellschaft identisch erklärt.

6. Löst sich der demokratische Staat, der ein Staat aller (auch der radikaler Linken) sein soll, nicht aus dieser Umarmung, wird er zugrunde gehen, denn als bloßer Arm der Besitzenden wird er erst autoritäre, dann faschistische Züge annehmen. Faschismus im Sinne der Herrschaft über die Massen ohne Identität mit ihren Rechten: das „Volks-Blatt“ Bild gegen Gewerkschaftsforderungen und Mißbestimmung.

Gegen diesen Gebrauch des Wortes Demokratie gehen die Studenten auf die Straße, dafür werden sie von Arbeitern blind verprügelt. Verschanzen sich die Maschinisten weiterhin hinter ihren Maschinen, wird sich die Kluft vertiefen. Ich schlage darum vor: Diskutieren wir, mit den Studenten, mit den Redakteuren, mit den Arbeitnehmern des Springer-Verlages, mit jenem Fabel-Wesen, genannt „der Bild-Leser“ oder „Die Mehrheit der Bevölkerung“. Das Fernsehen, die Universitäten werden Raum zur Verfügung stellen. Es wäre ein erster Schritt der wiedererstandenen, praktizierten Demokratie, wenn Sie diesen Brief veröffentlichten würden.

Ihr
Hans Dieter Müller
Freiburg im Breisgau
18. April 1968

MESCHKAT IN "PANORAMA": ABRISS DER ZIELE DER APO

Im NDR-Fernsehmagazin "panorama" stellte Peter Merseburger am vergangenen Montag den Vorsitzenden des Westberliner Republikanischen Clubs, Dr. Klaus Meschkat, vor. In der Moderation sagte Merseburger, "selbst intelligente Kritiker der Studentenbewegung wie Rudolf Augstein rügen immer wieder, das Ziel der Bewegung bliebe im Nebel." Merseburger befragte daher Meschkat als "einen der geistigen Führer der Rebellen von Berlin". Im Frage- und Antwortspiel ergab sich ein Abriß der Ziele der Auserparlamentarischen Opposition. EXTRA-Dienst dokumentiert den Wortlaut mit freundlicher Genehmigung des NDR:

Merseburger: Herr Meschkat, sind Sie Mitglied einer außerparlamentarischen oder einer antiparlamentarischen Opposition?

Meschkat: Nun, wir nennen uns außerparlamentarische Opposition und ich finde den Ausdruck "antiparlamentarisch" deswegen nicht zutreffend, weil wir uns nicht in Bezug auf das Parlament bestimmen. Wir glauben, daß das Parlament nicht mehr im Mittelpunkt des politischen Entscheidungsprozesses steht, sondern daß die Entscheidungen woanders fallen, dort, wo die Zentren der wirtschaftlichen Macht in der Bundesrepublik liegen.

Merseburger: Leben wir in einer Demokratie - oder wie würden Sie die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik heute bezeichnen?

Meschkat: Ich würde sie bezeichnen als ein System, in dem das Volk alle vier Jahre darüber entscheiden kann, von welcher Führungsclique einer undemokratisch strukturierten Partei es für die folgenden vier Jahre regiert werden möchte. Es gibt politische Wissenschaftler, die so etwas als Demokratie bezeichnen. Nach meinem Demokratie-Verständnis, das die ständige Teilnahme aller, oder jedenfalls aller aktiven Bürger am politischen Willensbildungsprozeß voraussetzt, kann man die Bundesrepublik Deutschland nach ihrer Verfassungswirklichkeit nicht als Demokratie bezeichnen.

Merseburger: Welche Form der Demokratie wünschen Sie sich?

Meschkat: Eine Form der Demokratie, die sich nicht auf die Spitze des Staates beschränkt sondern die in allen Bereichen durchgesetzt wird, das heißt, eine Demokratie, die wirklich von unten nach oben aufgebaut wird. Man kann sagen, eine Selbstverwaltung der Produzenten in allen Bereichen. An den Universitäten haben die Studenten teilweise mit dieser Forderung ernst gemacht, indem sie auf eine Demokratisierung der Universitäten gedrängt haben. Ich glaube, daß eine solche Demokratisierung auch in den Betrieben, in den Schulen, in allen Einrichtungen, wo Menschen zusammenwirken, längst überfällig ist.

Merseburger: Das heißt, Sie sind für ein Räte-System?

Meschkat: Das ist ein Grundgedanke der Räte-Demokratie.

Merseburger: Nun, weil Sie für ein Räte-System sind, werden Sie und Ihre Freunde oft als Kommunisten bezeichnet. Wie stehen Sie zu Ulbricht?

Meschkat: Zunächst einmal gibt es ja in der DDR, wie Sie wissen, keine Räte-Demokratie, sondern ein quasi parlamentarisches System; das zeigt also, daß Räte-Demokratie und Parlamentarismus tatsächlich politische Formen für ganz verschiedene soziale Systeme sein können. Wir stehen dem Sozialismus, wie er in der DDR praktiziert wird, außerordentlich kritisch gegenüber. Wir glauben, daß mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung der Gesellschaft getan ist, aber wir denken andererseits, daß die Partei oder die Parteien in einem sozialistischen System demokratisch strukturiert sein müssen, was in der DDR nicht der Fall ist. Daß es eine ständige Willensbildung an der Basis geben muß, daß im Bereich von Kunst und Wissenschaft jeder die Möglichkeit des freien Ausdrucks haben soll, und unter diesem Gesichtspunkt kritisieren wir die DDR von links her.

Merseburger: Herr Meschkat, wo sehen Sie Ihre Freunde? Bei den italienischen Kommunisten, die einen modernen, humanen Kommunismus befürworten, oder bei den Prager Reformern, oder bei den revolutionären Studenten in Warschau?

Meschkat: Wir sehen unsere Freunde überall dort, wo man mit der Parole ernst macht, die auf Kuba verkündet wird: Es ist die Pflicht eines Revolutionärs, die Revolution zu machen. Dieses Machen der Revolution kann sich in verschiedenen Formen vollziehen, kann sich vollziehen als Reform eines bürokratisierten sozialistischen Systems oder als Aufstand gegen die Bürokratie wie etwa in Warschau, kann sich vollziehen in der Modernisierung einer kommunistischen Partei und kann sich vollziehen im bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus wie in Latein-Amerika.

Merseburger: Wollen Sie Ihr Ziel durch Revolution erreichen oder dadurch, daß Sie eine Partei gründen und sich am parlamentarischen System beteiligen, ... die Mehrheit legal zu erreichen?

Meschkat: Ich glaube, diese Alternative ist falsch. Nach unserer Terminologie ist Revolution ja nicht identisch mit einem Staatsstreich. Revolution bedeutet die völlige Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das heißt also: Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Und diese Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse muß vorbereitet werden dort, wo die Menschen produzieren, das heißt in den Betrieben. Das Parlament kann dann, wenn sich diese Bewußtseinsänderung vollzogen hat, eine solche Bewußtseinsänderung nachträglich ratifizieren. Es kann unter veränderten Umständen eine soziale Umwälzung, die von der Masse der Bevölkerung getragen wird, durchaus in parlamentarischen Formen legalisieren. Das heißt, für uns steht eigentlich nicht die Form der Revolution, sondern der Inhalt der Revolution im Mittelpunkt.

Merseburger: Warum nun gründen Sie eigentlich keine eigene radikalsozialistische Partei in Deutschland oder eine KP modernen Typs, was ja eigentlich logisch wäre?

Meschkat: Ich glaube, es wäre nicht so einfach, unter deutschen Verhältnissen eine wirklich neue Kommunistische Partei zu gründen. Eine solche Partei könnte gegenwärtig nur eine Zusammenfassung verschiedener Gruppierungen der alten Arbeiterbewegung sein, belastet mit ihren Traditionen, und sie würde einen großen Teil ihrer Energie darauf verwenden müssen, ideologische Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Wir glauben, daß die Formen, die lockeren Formen, die wir in der Studentenbewegung und zum Beispiel in Klubs und Kampagnen und anderen Organisationsformen gewählt haben, viel besser geeignet sind, das anti-autoritäre oder anti-kapitalistische Lager zu verstärken, und wir sollten, glaube ich, auf diesem Wege noch längere Zeit fortfahren, bevor wir uns zur Gründung einer Partei entschließen. Das könnte in der Zukunft einmal der Fall sein; für die nächsten Monate und Jahre rechne ich nicht mit einer solchen Möglichkeit.

Merseburger: Sie wollen also ohne feste organisatorische Form die Sache der Revolution, so wie Sie sie sehen, vorantreiben dadurch, daß Sie den Boden bereiten und notfalls mit Gewalt.

Meschkat: Nun, mit Gewalt kann man sicherlich der Revolution nicht zum Siege verhelfen in hochindustrialisierten Gesellschaften. Wir haben zwar zu rechnen mit einer ständigen Gewalt der Herrschenden, aber dieser Gewalt können wir höchstens symbolische, so etwas wie Gegengewalt, gegenüberstellen.

Merseburger: Was ist die Gewalt der Herrschenden: Das ist die legale Aufrechterhaltung der jetzigen Ordnung durch die Mittel der Polizei.

Meschkat: Ja, wobei die Mittel der Polizei gerade in der letzten Woche sehr oft die Legalität verlassen haben. Das heißt, die Gewalt der Herrschenden richtet sich leider nicht nach dem Prinzip der Legalität, sondern nach dem Prinzip der Zweckmäßigkeit; das haben wir gerade hier in Berlin wiederholt erfahren müssen.

Merseburger: Sie unterscheiden zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen, glaube ich. Aber läßt sich das immer trennen? Denn die Sachen werden meistens von Personen geschützt?

Meschkat: Ja, diese Trennung ist tatsächlich schwierig aufrechtzuerhalten. Gewalt gegen Sachen kann - wie ich schon sagte - eigentlich nur symbolischen Charakter haben, das heißt, man kann zum Beispiel die Produktionsinstrumente eines Konzerns, der für die Entmündigung und Verdummung der Massen in der Bundesrepublik hauptverantwortlich ist, attackieren. Man kann damit diesen Konzern nicht entmachten, aber man kann zeigen, daß man es nicht länger hinnehmen wird, daß durch die Existenz eines solchen Konzerns falsche Demokratie in der Bundesrepublik unmöglich gemacht wird.

Merseburger: Und Gewalt gegen eine solche Rotationsmaschine halten Sie für vertretbar?

Meschkat: Eine solche Gewalt wäre vertretbar, wenn dabei ausgeschlossen ist, daß es zu Angriffen gegen Personen kommen muß.

Merseburger: Nun läßt sich das ja erfahrungsgemäß nicht ausschließen.

Meschkat: Das ist die Schwierigkeit und deswegen hat sich die außerparlamentarische Opposition in Berlin ja auch in den letzten Tagen entschlossen, im Zweifelsfall dort, wo Personen zu Schaden kommen können, auf das Mittel der Gewalt zu verzichten.

Merseburger: Wie halten Sie es mit dem Grundgesetz, Herr Meschkat, meinen Sie, daß Sie noch auf dem Boden des Grundgesetzes stehen?

Meschkat: Ich denke schon. Ich denke, daß wir mit den Forderungen, mit den Hauptforderungen des Grundgesetzes ernst machen wollen, daß wir tatsächlich einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat, den es in dieser Form nur als Verfassungspostulat gibt, realisieren wollen. Daß wir in einem bestimmten Sinne bessere Verfechter des Grundgesetzes sind, als diejenigen, die vorgeben, das Grundgesetz zu schützen.

Merseburger: Wenn man Ihren Klub verbieten würde oder den SDS, dem Sie angehören, würden Sie dann in den Untergrund gehen?

Meschkat: Nun, ich glaube, wir würden Mittel und Wege finden, um unsere Arbeit fortzusetzen. Man darf gerade hier in Berlin nicht vergessen, daß ein großer Teil der aktiven Studenten, Tausende von Studenten, diesem anti-autoritären Lager angehören. Man kann vielleicht Organisationen verbieten, aber man kann nicht Studenten verbieten. Und man kann hier in Berlin auch nicht langfristig zu dem Mittel greifen, die Hochschulen, an denen wir natürlich weiter wirken, weiter für unsere Ideen agitieren werden, langfristig zu schließen. Denn was würde von Westberlin bei seiner katastrophalen wirtschaftlichen Lage noch übrigbleiben, wenn auch noch die beiden Hochschulen und andere Fachschulen geschlossen werden müßten?

Merseburger: Wären Sie bereit, für Ihre Sache ins Gefängnis zu gehen?

Meschkat: Selbstverständlich.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: